

Gönner macht Druck bei Feinstaub Bundratsinitiative zur Fahrzeug-Kennzeichnung – Grüne: Falsche Lobbypolitik

Stuttgart – Bei der Bekämpfung von Feinstaub will das Land auch den Bund in die Pflicht nehmen. Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) kündigte am Mittwoch eine Bundratsinitiative zur Schadstoffkennzeichnung von Fahrzeugen an.

VON JÜRGEN BOCK

An vier der elf Messstellen im Land sind bereits jetzt die Grenzwerte für Feinstaub überschritten. Spitzenreiter ist das Stuttgarter Neckartor mit 88 Überschreitungen in diesem Jahr. Erlaubt sind lediglich 35. Umweltministerin Gönner hat mittlerweile angekündigt, die Zahl der Messpunkte verdoppeln zu wollen. Grund genug für den Landtag, das Thema nach nur wenigen Wochen erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

„Wir haben die ehrgeizigen Ziele noch nicht überall erreicht“, sagte Gönner im Plenum. Gleichwohl sei die Qualität der Luft in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich besser geworden. Die Feinstaubbelastung

habe in dieser Zeit um 23 Prozent abgenommen. Erst die „drastische“ Verschärfung der Grenzwerte habe nun für Probleme gesorgt. Zur Senkung der Feinstaubbelastung sei es allerdings nicht mit der Erstellung lokaler Aktionspläne getan, so die Ministerin. „Wir brauchen zusätzlich flankierende bundesgesetzliche Regelungen.“

Gönner hat dabei drei Aspekte im Blick. Zunächst wolle das Land im Juli mit einer Bundratsinitiative die bundesweite Kennzeichnung aller Fahrzeuge nach Schadstoffgruppen vortreiben. Die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung hierzu seien „untauglich“. Außerdem dränge man auf eine bessere Förderung der Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Partikelfiltern. Unerlässlich seien auch EU-weit strengere Emissionsrichtwerte für alle Dieselfahrzeuge: „Hier ist die EU in der Pflicht, nicht nur Auflagen zu machen, sondern auch etwas beizutragen.“

Die FDP-Abgeordnete Heiderose Berroth schlug vor, im Land bei der Feinstaubbe-

kämpfung neue Wege zu gehen. Man müsse nicht nur an Verkehrsknotenpunkten, sondern auch im Umfeld industrieller Anlagen die Werte messen. Zudem forderte die Liberale den Einsatz eines Staubsaugers, um am Neckartor die Luft zu filtern. Durchfahrtsverbote seien dagegen „nicht praktikabel“. Gönner widersprach: „Der Gesundheitsschutz verlangt konsequentes Handeln. Dazu gehören auch unpopuläre Maßnahmen wie Fahrverbote.“

Die SPD forderte die Landesregierung auf, mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr bereitzustellen. Der Aktionsplan für Stuttgart komme zudem viel zu spät. Auch der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer monierte, das Land habe auf die Problematik erst reagiert, als es vom Verwaltungsgericht Stuttgart zur Erstellung eines Aktionsplans verurteilt worden sei. Die CDU-FDP-Koalition habe sich „zum Büttel der Autoindustrie gemacht“ und sei einer „falschen Lobbypolitik“ aufgesessen. Dadurch sei das Land ins Hintertreffen geraten.